

SO GESEHEN - PRO KLP



VON ROUVEN GROSS

Wie Urlaub

Oh, was war ich früher genervt. Zwischen Himmelfahrt und Pfingsten wäre ich am liebsten irgendwohin ins KLP-Freaks-freie Exil geflüchtet. Weg von den rücksichtslos falsch parkenden und in Dreierreihen nebeneinander radelnden Besuchern, die unser schönes Lüchow-Dannenberg okkupieren und das Wendland entweder als alternativ-kulturell-naturnahen Freizeitpark oder als großes Landleben-Freilichtmuseum missverstehen – und nicht selten missbrauchen. Weg von den ganzen Spinnern. Doch das ist vorbei. Also das Megagenervtsein. Klar, es kommen immer noch auch Öko-Freaks und Stadt-Spinner, und die meisten der Probleme und Konflikte, die Reibereien, die so ein Großereignis in einem Landkreis wie dem unseren mit sich bringt, gibt es weiterhin. Und natürlich verdrehe ich auch weiterhin die Augen, wenn mal wieder ein Peloton Jack-Wolfskin-Jacken tragender Grundschullehrerinnen aus Berlin den Gemeindeverbindungsweg verstopft, auf dem ich mit dem Auto unterwegs bin. Oder wenn sich das zwanzigste Oldtimer-Wohnmobil, eine dicke Diesellabgasfahne hinter sich herziehend, auf der Suche nach dem ausgeschilderten „Hofladen“ durch die nur für Anlieger freie kleine Straße, die an meinem elterlichen Hof vorbeiführt, quetscht, weil sich der Fahrer heillos in meinem kleinen Heimatdorf mit seinen drei Straßen verfranzt hat. Aber heute bekomme ich keinen 180er-Puls mehr dabei, sondern kann den Trubel – meistens schmunzelnd – genießen. Die neuen Gesichter, die man in der Dannenberger Innenstadt sieht, wenn man mit der Familie im Eiscafé sitzt; das Figuren-Theater in Weitsche, das meine beiden Kinder fasziniert, oder der Englisch sprechende Zauber-Clown auf der Mützingenta, der es meinen Mädchen so angetan hat. Das abendliche Pizza- oder Pommessessen nach Kinderschminken, Karussellfahrten und Wollfilzen, das Konzert irgendeiner Band, bei dem meine Töchter ausgelassen vor der Bühne tanzen. Die KLP-Zeit ist für uns als Familie ein kleiner Urlaub, für den man nicht wegfahren braucht. Urlaub da, wo ich am liebsten bin: im Wendland. Mit all seinen Liebenswürdigkeiten und Eigenheiten. Unser schönes Lüchow-Dannenberg eben. Nur etwas voller. Man muss diese Zeit nicht mögen, absolut nicht. Aber ich finde sie toll – und es sind ja auch nur zwölf Tage.

SO GESEHEN - CONTRA KLP



VON DETLEF BOICK

Es läuft etwas falsch

Es ist mehr als ein Indiz dafür, dass etwas falsch läuft, wenn man meint, zwölf Tage lang könne man es ja aushalten. Eine Kulturelle Landpartie und ihre Abspaltungen ertragen, die an den Wochenenden mit einer Blechlawine Zehntausende Menschen in das Wendland spülen. Mit Verkehrs- und Parkchaos an den Hotspots und verstopften Nebenstraßen, was vielen Dorfbewohnern ihr Leben und Arbeiten von Himmelfahrt bis Pfingsten zur Tortur macht. An den großen Veranstaltungsorten wie der Mützingenta herrschte über Pfingsten etwas, was man nur noch als Rummel bezeichnen kann. Worüber sich die Veranstaltenden freuen, nämlich dass das Interesse wieder auf Vor-Corona-Niveau gestiegen ist, das zeigt, dass sich die Landpartie seit längerer Zeit in die falsche Richtung entwickelt hat. Nämlich weg von sanftem zu partiellem Massentourismus. Das Wendland wird zur reinen Verkaufskulisse, zu einem großen grünen Kaufhaus für Kunsthandwerk, Kunst und Konsum. Die Rundlinge locken die Besuchenden, die sich in Fachwerkkammbante schöne Produkte anschauen, die meist Menschen hergestellt haben, die von dort kommen, woher die Kaufenden stammen. Mit der Ursprungsidee der KLP, dass der Gorleben-Widerstand zeigt, was er außer zu protestieren noch so macht, hat das kaum noch etwas zu tun. Ganz zu schweigen von den Umweltschäden. Niemand sorgt sich beispielsweise um die Kleinstlebensräume am Straßenrand, die durch die parkenden Autos geschädigt oder gar zerstört werden. Das zeigt, dass die Schutzer der Landpartie ihre wirtschaftlichen Interessen über den Schutz der Umwelt stellen. Da werden die Versuche, den Kraftfahrzeugverkehr durch Busangebote und Radtourtips zu minimieren, zum Feigenblatt, zum Greenwashing der ausufernden Großveranstaltung. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit dem Umweltthema Wasser an den KLP-Orten, um den Gästen das schlechte Gefühl zu nehmen, bei der Landpartie gehe es nur um Konsum. Die KLP trägt ihren Heiligenschein „Wir sind die Guten“ spätestens seit dieser Landpartie zu Unrecht. Etwas Gutes hat sie aber doch gehabt: Die KLP hat uns wie in einem Crashkurs klar gemacht, wohin es führt, wenn man konsequent auf Tourismus setzt. Was dabei herauskommt, das sollte man aber nicht einmal zwölf Tage lang aushalten müssen.

Großmann



Zum Umgang mit völkischen Siedlern

„Zusehends weniger realistisch“

Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies sieht kaum noch Chancen auf den Bau einer Elbbrücke bei Neu Darchau und verneint erneut einen Rechtsanspruch auf eine finanzielle Förderung des Bauvorhabens

VON ROUVEN GROSS

Neu Darchau. Viel war in den vergangenen Monaten über die Zukunft des geplanten Baus einer Elbbrücke bei Neu Darchau gesprochen und geschrieben worden. Nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der neuen niedersächsischen Landesregierung, durch den die Zusage des Landes für eine Unterstützung der Brückenpläne zugunsten einer zukunftsfähigen Fahrverbindung einkassiert wurde, und Aussagen der Landesregierung, dass das Projekt „leider nicht mehr finanzierbar“ sei, sahen die Brückengegner das Vorhaben als endgültig gescheitert an. Die Brückenbefürworter aber wiesen das zurück und verwiesen ihrerseits darauf, dass das Land beziehungsweise die Landesregierung das so gar nicht zu entscheiden habe und der Landkreis Lüneburg an seinen Brückenplänen festhalte. Und sie gingen weiter davon aus, auch Fördermittel zu bekommen. Das alles führte zu viel Verwirrung. Daher wollte es der Lüchow-Dannenberg Kreistag genau wissen und wandte sich direkt an den zuständigen Minister, Olaf Lies (SPD). Und der stellte jetzt klar: Der Bau einer festen Elbquerung bei Neu Darchau sei „zusehends weniger realistisch“ – und einen Rechtsanspruch auf Fördergelder für den Brückenbau gebe es nicht.



Wenn es nach der derzeitigen Landesregierung geht, wird zwischen Neu Darchau und Darchau auch weiterhin eine Fähre Menschen und Fahrzeuge über die Elbe bringen, und kein Brücke. Ein Brückenbefürworter sehen das anders.

Aufn.: R. Groß

„Keine rechtsverbindliche Förderzusage“

Der Lüchow-Dannenberg Kreistag hatte bereits während seiner Sitzung Mitte Januar eine Reihe von Fragen an das Wirtschafts- und Verkehrsministerium in Hannover formuliert und durch die Kreisverwaltung an den Minister zustellen lassen. Etwas danach, ob es denn, wie immer wieder behauptet, einen wie auch immer gearteten Rechtsanspruch darauf gebe, dass das Land Fördermittel für den Bau der Brücke bereitstellen müsse. Und wie denn generell das Projekt zu kommen, um an die Fördermittel zu kommen. „Eine Aufnahme in das NGVFG-Mehrjahresprogramm (die bereits erfolgt ist, Anm. d. Red.) bedeutet keine rechtsverbindliche Förderzusage“, stellt Lies dazu in seinem Schreiben, das an die Kreisverwaltung adressiert ist, klar. Eine Förderung im Rahmen des „Niedersächsischen Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetzes“ (NGVFG) sei „eine freiwillige Leistung des Landes“, die „auch an den Faktor Wirtschaftlichkeit gekoppelt“ sei, betont der Minister. Gerade diese Wirtschaftlichkeit stellen Brückengegner ange-

sichts der immer weiter steigenden Baukosten-Prognosen für die Brücke – zuletzt überschritten sie die 100-Millionen-Euro-Marke – infrage. Am Ende, so Lies, würde „die Bewilligungsbehörde entscheiden, wie die Förderung ausgesprochen wird“. Also ob gefördert wird, und in welcher Höhe Fördermittel fließen.

Weitere Kostensteigerungen wahrscheinlich

Doch das Vorhaben sei aktuell selbst von solch einer Antragstellung noch weit entfernt, heißt es aus Hannover. Es befindet sich „noch in der Planungsphase“, es sei nicht einmal „das erforderliche Rechtsverfahren (...) eingeleitet“ worden und es lasse sich „nicht verlässlich vorherbestimmen“, wann ein rechtsgültiger Planfeststellungsbeschluss vorliegen werde. Also die Grundvoraussetzung für eine realistische Kostenschätzung und das Beantragen von Fördermitteln. Daher könne der Landkreis Lüneburg als Vorhabenträger auch noch nicht abschätzen, ob zusätzliche Kosten durch zusätzliche Auflagen entstehen, die sich aus dem Planfeststellungs-

verfahren ergeben. Auch seien „weitere Baukostensteigerungen sowohl bei Energie als auch bei Baustoffen“ wahrscheinlich – mit der Folge, so Lies, dass „die Möglichkeit einer Finanzierung einer solchen Brücke zusehends weniger realistisch“ scheine. Auch, weil eine immer teurere Brücke natürlich auch „den zwangsläufigen Finanzierungsanteil des Vorhabenträgers“, also des Landkreises Lüneburg, „weiter steigern wird“.

„Geht nur den Landkreis Lüneburg etwas an“

Eine weitere Baukostensteigerung, entgegnet die Brückenbefürworter, „geht nur den Landkreis Lüneburg etwas an, nicht aber den Minister des Landes“, schreibt Helga Dreyer aus dem geschäftsführenden Vorstand des Vereins „Brücken bauen“ in einem Online-Diskussionsforum zu dem Lies-Brief an die Lüchow-Dannenberg Kreisverwaltung. Man sehe in den Äußerungen des Ministers keine Absage an eine Förderung und sogar eine Relativierung der Aussage der Landesregierung, dass eine Förderung aus finanziellen Gründen nicht mehr darstellbar sei.